

Anregungen und Kopiervorlagen zu

Jakarta Disorder

Dokumentarfilm von Ascan Breuer

87 Minuten, ab 16 Jahren

Thema: Demokratie, politische Partizipation, NGOs, gewaltfreier Widerstand, Empowerment, Recht auf Wohnen / einen angemessenen Lebensstandard, Armut, Slums, Stadtentwicklung, Gentrifizierung

Schulstufe: Sek II, Berufsbildung



Produktion: Golden Girls Filmproduktion, Österreich/Indonesien 2013

Kamera und Co-Regie: Victor Jaschke

Schnitt: Ascan Breuer

Ton: Victor Jaschke, Ascan Breuer

Musik: Roumen Dimitrov

Sprache: Indonesisch

Untertitel: Deutsch, Englisch, Französisch (nur VOD)

Inhalt

Slums in Jakarta (sog. «Kampung») sollen einer modernen Überbauung mit teuren Etablissements und Sozialwohnungen weichen. Trotz eines in unseren Augen tiefen Preises von ca. 300 Dollar Monatsmiete und einer einmaligen Einlage von 2000 Dollar für eine Sozialwohnung ist dieser Preis für die meisten Slumbewohner/-innen zu hoch. Mit ihrer Arbeit als Rikschafahrer, Müllsammlerinnen oder Tagelöhner auf dem Bau verdienen sie maximal 5 Dollar pro Tag. Die Vertreibung aus ihren Behausungen würde deshalb auch zur Vertreibung aus dem Quartier, dem Verlust des sozialen Netzes und zu langen Arbeitswegen führen. Mit der Unterstützung der Chefkoordinatorin Hafidz Wardah der Nichtregierungsorganisation «Urban Poor Consortium» (UPC) organisieren sich die Slum-Bewohner/-innen und kämpfen für bezahlbaren Wohnraum. Angesichts der anstehenden Wahl des indonesischen Präsidenten entwerfen sie einen Katalog mit fünf Forderungen zu Arbeit, Wohnen und Bildung für alle, sozialer Krankenversicherung und formaler Anerkennung der informellen Wirtschaft. Ziel ist, dass derjenige Kandidat, der ihre Forderungen unterschreibt, mit der Unterstützung von eineinhalb Millionen Stimmen rechnen kann. Gemeinsam mit Oma Dela, einer verwitweten und verarmten Kampung-Bewohnerin und Aktivistin, gehen sie von Haustür zu Haustür und sammeln Unterschriften. Zunächst will keiner der Kandidaten die Forderungen im «politischen Vertrag» unterzeichnen. Aber 3 Jahre später unterschreibt Joko Widodo und wird zum Gouverneur von Jakarta gewählt. 2014 wird er indonesischer Staatspräsident.

Hintergrundinformationen

Indonesien ist erst seit 1998, dem Ende der Militärdiktatur des ehemaligen Generals und Staatspräsidenten Suharto, eine Demokratie, die sich angesichts ihres jungen Alters erst noch weiter festigen und entwickeln muss. Seit einer Verfassungsänderung 2004 wird der Präsident direkt vom Volk gewählt.

Indonesien besteht aus ca. 17 500 einzelnen Inseln. Fast 90% der 250 Millionen Einwohner/-innen sind muslimischen Glaubens, weshalb Indonesien das bevölkerungsreichste muslimische Land der Welt ist.

Die Demokratisierung Indonesiens galt als Modell für die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie. Seit einiger Zeit gewinnen aber auch hier radikalere Kräfte an Einfluss.

In Indonesiens Hauptstadt Jakarta arbeiten rund 60-80% der Bevölkerung in der informellen Wirtschaft. Gemäss UNO-Angaben sind mehr als 50% der Grundstücke Jakartas bei der Regierung nicht registriert und haben keine im Grundbuch eingetragene Besitzer/-innen. Es handelt sich bei den Behausungen der Kampung-Bewohner/-innen also um sog. «informelle Siedlungen». Dies macht sie de facto rechtlos und verletzlich für Zwangsräumungen.

Zudem zeichnen sich die Kampung durch Überlastung und Überbevölkerung aus, es gibt nicht genügend bezahlbares Land, kein ausgebautes Transportsystem, sondern grosse Infrastrukturdefizite (z.B. in den Bereichen Hygiene sowie Wasser- und Stromversorgung). Schätzungsweise ein Viertel der Menschen von Jakarta leben in Kampung. Doch die zunehmende Siedlungsdichte im Stadtzentrum macht den Boden zu einem teuren Gut, und die Verdrängung der Kampung-Bevölkerung schreitet voran. Laut UN-Habitat sind etwa 1,5 Millionen Menschen in naher Zukunft von Zwangsräumungen bedroht.

Hintergrundinformationen zum Film und seinen Protagonistinnen, zu Indonesien und Jakarta sowie Definitionen zu den Begriffen Gentrifizierung, Slum, Armut und direkte Demokratie finden sich auf der Webseite www.jakartadisorder.com unter der Rubrik «Schulmaterial».

Links

Demokratiebarometer von Freedom House zu Indonesien:

<https://freedomhouse.org/country/indonesia>

Daten/Infografiken der Weltbank zu Indonesien:

<http://data.worldbank.org/country/indonesia>

BPB zur Rolle der Zivilgesellschaft in Indonesien:

www.bpb.de/apuz/75776/zivilgesellschaft-in-indonesien

BPB Dossier «Megastädte» zu Jakarta:

www.bpb.de/gesellschaft/staedte/megastaedte/64516/jakarta

Informationen zum Nachhaltigen Entwicklungsziel / SDG 11 «Nachhaltige Städte und Gemeinden»:

www.eda.admin.ch/agenda2030/de/home/agenda-2030/die-17-ziele-fuer-eine-nachhaltige-entwicklung/ziel-11-staedte-und-siedlungen-inklusive-sicher.html

PDF «Recht auf Wohnen. Handbuch für Schulworkshops zu den Themen Zwangsräumungen, Wohnen in Würde und Armut. Lehr- und Übungshandbuch für den Oberstufenunterricht» von Amnesty International Österreich:

www.amnesty.at/de/view/files/download/showDownload/?tool=12&feld=download&sprach_connect=161

Berichte zum Thema Zwangsräumungen (u.a. von Slums) von Amnesty International Schweiz:

www.amnesty.ch/de/themen/armut-und-menschenrechte/zwangsräumung

Bericht des UNO-Sonderberichterstatters zum Recht auf Wohnen zur Lage in Indonesien (2013), englisch:

www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/RegularSessions/Session25/Documents/A-HRC-25-54-Add1_en.doc

Schlüsselbegriffe

Demokratie

Demokratie heisst wörtlich «Herrschaft des Volkes». In der modernen Massendemokratie kann das Volk seine Herrschaft nur mittelbar und indirekt ausüben, indem es sie auf Vertreter/-innen überträgt. Da diese gewählten Volksvertreter/-innen meist ein Parlament bilden, nennt man dieses System repräsentative oder auch parlamentarische Demokratie. Die meisten modernen Demokratien sind repräsentative Demokratien mit direktdemokratischen Elementen auf nationaler und/oder Gemeinde-Ebene. Das Volk trifft sowohl Personal- als auch Sachentscheidungen (Plebiszite). Eine solche Mischform nennt man plebiszitäre Demokratie. Die Gewichtung der repräsentativen und direktdemokratischen Elemente kann von Staat zu Staat unterschiedlich ausfallen.

Politische Partizipation

Lange wurde der Begriff der «politischen Partizipation» gleichgesetzt mit der Teilnahme der Bürger/-innen an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen in Form von Wahlen, Abstimmungen sowie der Mitgliedschaft in einer politischen Partei (Fokus auf institutionalisierte Formen der politischen Partizipation). Heute hingegen gilt es, die Breite und Vielfalt von möglicher politischer Beteiligung aufzuzeigen, die beispielsweise auch Jugendlichen und/oder Ausländer/-innen (d.h. Menschen ohne Stimm- und Wahlrecht) zur Verfügung stehen.

Empowerment (Befähigung / Ermächtigung)

Empowerment wird als ressourcenorientierter Lernprozess gesehen, der benachteiligten Personen und Gruppen aus der Macht- und Einflusslosigkeit hinaus neue Gestaltungs-

Handlungs- und Entscheidungsspielräume eröffnet und damit zu einer grösseren Selbstbestimmung der Lebensgestaltung führt.

NGOs können diesen Prozess begleiten und unterstützen, indem sie anwaltschaftlich eintreten für die Anliegen benachteiligter Bevölkerungsgruppen und sich für die Schaffung von geeigneten Rahmenbedingungen einsetzen.

Rights-based Approach (menschenrechtsbasierter Ansatz)

Der menschenrechtsbasierte Ansatz betrachtet arme Menschen als Träger von international vereinbarten Menschenrechten. (Grund-)Bedürfnisse wie Nahrung, Wohnen, Bildung, Gesundheit, etc. werden als Menschenrechts-Angelegenheiten angesehen. Wenn diese Bedürfnisse nicht erfüllt sind, sind somit auch die Rechte der Menschen nicht erfüllt. Eine nachhaltige Entwicklung bedeutet dabei nicht nur die Erfüllung von Grundbedürfnissen, sondern das Hinterfragen, Aufdecken und Beseitigen von Armut und Ungerechtigkeit (im Sinne von Menschenrechtsverletzungen) sowie politische Mitbestimmung. Ziel des menschenrechtsbasierten Ansatzes von Entwicklung ist es, Menschen so zu befähigen, dass sie ihre Rechte kennen und sie einfordern können.

Geeignete Filmsequenz, die den Rights-based Approach illustriert: Sequenz 52.45-53.40, ca. 1 Minute. Oma Dela erklärt, warum sie sich als Slumbewohnerin politisch engagiert.

NGO (Nichtregierungsorganisation)

Als sog. non-governmental organizations (NGOs) werden zivilgesellschaftliche Interessenverbände bezeichnet. Es handelt sich dabei meist um Organisationen, die sich anwaltschaftlich für die Interessen benachteiligter Bevölkerungsgruppen sowie für die Umwelt einsetzen.

Recht auf Wohnen / angemessenen Lebensstandard

International:

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 definiert im Artikel 25 das sog. «Recht auf einen angemessenen Lebensstandard» wie folgt: «Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Lebenshaltung, die seine und seiner Familie Gesundheit und Wohlbefinden einschliesslich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztlicher Betreuung und der notwendigen Leistungen der sozialen Fürsorge gewährleistet (...).»

Im UN-Sozialpakt, welcher 1992 von der Schweiz und 2006 auch von Indonesien ratifiziert wurde, heisst es in Art.11, Abs.1: «Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie an, einschliesslich ausreichender Ernährung, Bekleidung und Unterbringung, sowie auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen. (...)»

National (Schweiz):

In der Schweizerischen Bundesverfassung findet sich unter den Sozialzielen im Artikel 41 folgende Formulierung: «Bund und Kantone setzen sich in Ergänzung zu persönlicher Verantwortung und privater Initiative dafür ein, dass: (...) Wohnungssuchende für sich und ihre Familie eine angemessene Wohnung zu tragbaren Bedingungen finden können; (...) Aus den Sozialzielen können jedoch keine unmittelbaren Ansprüche auf staatliche Leistungen abgeleitet werden.»

Enkeltauglichkeit / Nachhaltige Entwicklung

Im Brundtland-Bericht der UNO (1987) wird der Begriff Nachhaltige Entwicklung wie folgt definiert: «Den Bedürfnissen der heutigen Generation zu entsprechen, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befrie-

digen». Aus diesem Grund wird Nachhaltige Entwicklung deshalb manchmal mit dem Stichwort «Enkeltauglichkeit» übersetzt.

Geeignete Filmsequenz, die «Enkeltauglichkeit» illustriert: Sequenz 1.07.53-1.10.07, ca. 3 Minuten. Oma Dela sagt in eigenen Worten, dass sie sich dafür einsetzen will, dass ihre Enkel einmal ein besseres Leben haben als sie.

Agenda 2030

Alle Staaten der Erde haben im Herbst 2015 mit der Agenda 2030 siebzehn sog. «nachhaltige Entwicklungsziele» beschlossen. Diese beinhalten das Versprechen, bis im Jahr 2030 Armut abzuschaffen und eine nachhaltige Entwicklung (ökologisch, sozial und wirtschaftlich) zu verwirklichen.

Nachhaltiges Entwicklungsziel (SDG) 11

Das nachhaltige Entwicklungsziel (Sustainable Development Goal, SDG) 11 lautet «Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten».

Konkret fordert das Unterziel 11.1: «Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen und Slums sanieren».

Kampung

Der Begriff Kampung bedeutet eigentlich «Dorf», ist jedoch ein Synonym geworden für die informellen Slumsiedlungen in und um die indonesische Megacity Jakarta. Da die verarmte Bewohner/-innen der Kampung oft schon seit Jahrzehnten im Kampung leben, machen sie Gewohnheitsrecht geltend, verfügen jedoch über keine vertraglich abgesicherten Eigentumsverhältnisse am bewohnten Land. Dies macht sie trotz dem Recht auf Wohnen verletzlich und bei modernen Grossbauprojekten droht ihnen die Zwangsräumung. Oft werden diese Zwangsräumungen illegal durch sog. Stadtmilizen (nicht durch die Polizei) ausgeführt, ohne dass mit den Bewohner/-innen zuvor individuelle Nachfolge-Wohnlösungen und eventuell materielle Entschädigungen ausgehandelt worden wären.

Gentrifizierung

Mit dem Begriff «Gentrifizierung» wird eine Stadtentwicklung beschrieben, bei der alte Viertel mit günstigem Wohnraum so saniert werden, dass diese an Wert und Attraktivität gewinnen. Dieser Prozess führt oft zu einem Verdrängungseffekt: vormalige Bewohner/-innen können sich die Wohnungen nicht mehr leisten und werden durch eine neue, zahlungskräftigere Bewohnerschaft verdrängt (z.B. Zürich Seefeld, Altstadtsanierungen).

Informelle Wirtschaft

Ca. 60-80% der Menschen von Jakarta arbeiten in der informellen Wirtschaft, d.h. in wirtschaftlichen Tätigkeiten, die nirgendwo in einer offiziellen Statistik erfasst sind (sog. «Schattenwirtschaft»). Diese entziehen sich nicht nur staatlichen Abgaben, sondern auch dem staatlichen Schutz in Form von Sozialversicherungen wie Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung. Ein Grossteil der im informellen Sektor tätigen Bevölkerung ist der Unterschicht zuzurechnen. Unsichere und niedrige Einkommen und die Nichtmitgliedschaft in sozialen Versicherungssystemen verschärfen deren sozio-ökonomisch prekäre Situation.

Joko Widodo

Joko Widodo ist ein indonesischer Politiker. Am 20.9.2012 wurde er zum Gouverneur der Stadt Jakarta gewählt. Der Film zeigt ihn noch im Wahlkampf. Bei der armen Bevöl-

kerung war Joko Widodo zum Zeitpunkt seiner Wahl sehr beliebt, denn er besuchte die Kumpungs, trug dabei einfache Kleidung, unterhielt sich mit der Slumbevölkerung direkt über ihre Probleme und Anliegen und versprach, sich für die Verbesserung ihres Lebensstandards einzusetzen.

Hier ein *Artikel der Neuen Zürcher Zeitung* zur Popularität Joko Widados, verfasst knapp einen Monat vor den indonesischen Präsidentschaftswahlen, als noch nicht klar war, ob Widodo fürs Amt kandidieren wird.

Seit dem 14.3.2014 ist Joko Widodo nicht mehr Gouverneur Jakartas, sondern demokratisch gewählter Präsident Indonesiens.

Filmsequenzen

Bezogen auf die im vorliegenden Begleitmaterial formulierten Ziele erachten wir folgende Filmausschnitte als zentral:

Sequenz 14.56-18.10, ca. 5 Minuten

Das monatliche Netzwerktreffen verschiedener Kumpung-Bewohner/-innen in der Zentrale der Nichtregierungsorganisation UPC. U.a. stellen sich dort auch die beiden Protagonistinnen des Films, Oma Dela und Wardah Hafidz, vor. Mit Hilfe der NGO-Vertreterin Wardah Hafidz benennen die Slum-Bewohner/-innen Probleme, die der neu zu wählende Präsident anpacken sollte, und üben sich im Formulieren politischer Forderungen.

Sequenz 42.30-49.30, ca. 7 Minuten

Wardah Hafidz und die Kumpung-Bewohner/-innen werden von einer Kommission der Volksvertretung angehört und artikulieren ihre Anliegen gegenüber dem Staat.

Sequenz 54.41- 56:31, ca. 2 Minuten

Wardah Hafidz entwickelt gemeinsam mit Slum-Bewohnerinnen eine Strategie, wie Millionen aus den Slums Jakartas überzeugt werden sollen, sich hinter die fünf politischen Forderungen zu stellen. Der Präsidentschafts-Kandidat, der die Forderungen im Sinne eines «politischen Vertrags» mit dem Volk unterschreibt, soll die Stimmen aller Slumbewohner/-innen erhalten.

Sequenz 1.04.43-1.14.02, ca. 10 Minuten

Oma Dela mobilisiert weitere Slumbewohner/-innen gegen korrupte Politiker/-innen und sagt in eigenen Worten, dass sie nicht die Interessen einer politischen Partei vertritt, sondern die der verarmten Bevölkerung. Sie erklärt, dass sie als Kumpung-Bewohnerin selber von Zwangsräumung bedroht ist und sich dafür einsetzen will, dass ihre Enkel einmal ein besseres Leben haben als sie.

Statement von Wardah Hafidz (Sequenz 1.10.07-1.10.40): «Also, ich will es wahr werden lassen, wahr werden lassen, dass sich das Volk organisiert und Demokratie im Alltag gelebt wird, sodass die Entscheidungsgewalt in den Händen des Volkes ist. Das passiert, wenn es sich organisiert, wenn es gut informiert ist, wenn es wirtschaftlich gesund ist, wenn es sich am politischen Geschehen im Alltag beteiligt, in der Stadt, auf dem Land, in der Nachbarschaft.»

Anschliessend sieht man Szenen der Unterschriftensammlung, mittels derer es UPC schaffte, 1,5 Millionen Stimmen zu sammeln. Auch wenn der «politische Vertrag» (bestehend auf fünf politischen Forderungen an die Präsidentschaftskandidaten) rechtlich nicht bindend ist, kann er doch als wirkungsvolles Druckmittel dienen.

DIDAKTISCHE IMPULSE

Zielpublikum

Sekundarstufe II, Berufsbildung

Ziele

Die Schüler/-innen

- kennen verschiedene Formen politischer Partizipation und sind sich eigener Handlungsspielräume zur Beeinflussung von Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozessen bewusst.
- reflektieren die Verantwortung des Staates gegenüber der sozio-ökonomisch benachteiligten Bevölkerung zur Sicherung ihrer Menschenrechte (Fokus: Recht auf Wohnen).
- beleuchten die Rolle zivilgesellschaftlicher Nichtregierungsorganisationen (NGOs) bei der Bündelung und Artikulation von Interessen benachteiligter Bevölkerungsgruppen.
- beschäftigen sich mit dem Menschenrecht auf einen angemessenen Lebensstandard, insbesondere dem Recht auf Wohnen.
- setzen sich mit unterschiedlichen Verständnissen von nachhaltiger Stadtentwicklung auseinander.

BNE-Bezug

Dimensionen	Kompetenzen*	Prinzipien*
<ul style="list-style-type: none"> - Gesellschaft (Individuum und Gemeinschaft) - Wirtschaft (tragfähige Prozesse) - Raum (lokal und global) - Zeit (gestern, heute, morgen) 	<ul style="list-style-type: none"> - Gesellschaftliche Prozesse mitgestalten - Verantwortung übernehmen und Handlungsspielräume nutzen - Perspektiven wechseln 	<ul style="list-style-type: none"> - Wertereflexion und Handlungsorientierung - Partizipation und Empowerment

*bezieht sich auf die Kompetenzen- und Prinzipienraster von éducation21

Überblick über Kopiervorlagen (ab S. 13 ff)

Kopiervorlage 1 (1 Seite)	Formen politischer Partizipation
Kopiervorlage 2 (4 Seiten)	Rollenbeschreibungen

Hinweis: Die folgenden Impulse schlagen verschiedene Methoden und unterschiedliche thematische Schwerpunkte für die Bearbeitung des Films vor. Jeder Impuls ist in sich geschlossen und kann einzeln bearbeitet werden. Sie sind dem Stand der Lernenden anzupassen und variieren entsprechend im Zeitaufwand.

Einstieg

Wahrscheinlich wird es nicht möglich sein, den ganzen Film in der Unterrichtszeit zu schauen. Lehrpersonen können die Visionierung des Films deshalb als Hausaufgabe geben, indem sie die Video on Demand Option «mit der Klasse teilen» wählen (www.filmeineuweltvod.ch). Für eine vertiefte Arbeit mit dem Film «Jakarta Disorder» empfehlen wir, zur Repetition im Unterricht mit ausgewählten thematisch fokussierten Filmausschnitten zu arbeiten (ideal sind Sequenzen im Umfang von 20 Minuten).

Die Lehrperson zeigt eine oder mehrere Sequenzen aus dem Dokumentarfilm «Jakarta Disorder».

Frage: Warum heisst der Film wohl «Jakarta Disorder»?

(engl. «disorder» auf Deutsch: Chaos, Unordnung, Regellosigkeit, Durcheinander, Fehlsteuerung, Funktionsstörung).

Welches sind die Hauptprobleme bei der Durchsetzung des «Rechts auf Wohnen»?

IMPULS 1: PARTIZIPATION UND HANDLUNGSSPIELRÄUME IN DER DEMOKRATIE

Ziel: Die Schüler/-innen kennen eine Vielfalt an Formen der politischen Partizipation, welche ihnen unabhängig von Alter und Staatsbürgerschaft offenstehen. Sie setzen sich mit ihren Handlungsmöglichkeiten auseinander und tauschen sich über ihre Motivationen/Beweggründe und eigene Erfahrungen und Beispiele aus.

Zeitbedarf: 1 Lektion + Film

Material: Kopiervorlage 1 «Formen politischer Partizipation», ausgedruckt für jede Schülerin / jeden Schüler.

Die Lehrperson führt ins Thema politische Partizipation als Teilnahme am politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess ein. Sie betont, dass es eine Vielzahl politischer Partizipationsformen gibt (nicht nur Wählen und Abstimmen). In der Politikwissenschaft wird zwischen institutionellen und nicht-institutionellen Formen der politischen Partizipation unterschieden. Institutionelle Partizipationsformen sind politische Aktivitäten, welche für die Aufrechterhaltung der direkten Demokratie und die Parteienlandschaft notwendig sind. Gemeint ist damit primär die Teilnahme an Abstimmungen und Wahlen sowie Aktivitäten in einer politischen Partei. Aber auch die Beteiligung an Abstimmungs- und Wahlkämpfen in Form von Überzeugungsarbeit, durch Verbreitung von politischen Informationen (beispielsweise Abstimmungsempfehlungen und Wahlunterlagen). Manchmal werden auch konventionelle von unkonventionellen Formen der politischen Partizipation unterschieden. Diese Wahrnehmung hängt jedoch sehr vom gesellschaftlichen Umfeld ab und kann sich im Laufe der Zeit verändern. Die Eidgenössische Migrationskommission unterscheidet zwischen politischer Partizipation im engeren und weiteren Sinne: www.ekm.admin.ch/ekm/de/home/buergerrecht---citoyennete/Citoy/pol-part.html

Jugendlichen mit und ohne Schweizer Staatsbürgerschaft gilt es vor allem auch die Vielfalt nicht-institutioneller Partizipationsformen aufzuzeigen, damit sie realisieren, dass sie – obwohl (noch) nicht stimm- und wahlberechtigt – viele Möglichkeiten haben, um aktiv auf die Politik Einfluss zu nehmen. Es gilt dabei, die Jugendlichen zu «empowern» und ihnen ihre Handlungsspielräume bewusst zu machen.

Ablauf

- Den Schüler/-innen ausreichend Zeit geben, die Kopiervorlage «Formen der politischen Partizipation» auszufüllen.
- Anschliessend tauschen sie sich in Zweiergruppen darüber aus, weshalb sie eine der genannten Beteiligungsformen bereits genutzt haben, und illustrieren dies mit einem konkreten Beispiel.
- Im Plenum: Die Schüler/-innen teilen ihre Beispiele im Klassenverband und tragen motivierende Faktoren für eine persönliche Beteiligung am politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozess zusammen:
 - o Was braucht es, damit ich mich zur politischen Partizipation motiviert fühle?
 - o Welchen Beitrag können wir zu einer demokratieförderlichen Kultur leisten?
 - o Wo sehen wir unsere persönlichen und kollektiven Handlungsspielräume?
 - o Vor- und Nachteile der einzelnen Partizipationsformen
- Die Lehrperson fasst die Diskussion abschliessend zusammen.

IMPULS 2: WIE POSITIONIERE ICH MICH ZUM GLOBALEN PROBLEM DER ARMUT? WAS BEDEUTET «ANGEMESSENER LEBENSSTANDARD»?

Ziel: Die Schüler/-innen positionieren sich persönlich zu provokanten Aussagen, die im Zusammenhang mit einzelnen nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) der Agenda 2030 stehen. Sie treffen eine Entscheidung, weshalb sie der Aussage zustimmen oder nicht, und können argumentieren.

Zeitbedarf: 1 Lektion + Film

Material: Papier und Marker für die zwei Poster, Klebestreifen

Positionenspiel:

Im Raum werden an zwei gegenüberliegenden Wänden zwei Poster mit «Ja / Ich stimme zu» und «Nein / Ich stimme nicht zu» befestigt. Dadurch entsteht quer durch den Raum ein Ja-Nein-Spektrum, auf dem sich die Schüler/-innen in der anschliessenden Übung positionieren können. Die Schüler/-innen stehen anfangs im Raum und werden eingeladen, sich zu jeder der folgenden (provokanten) Aussagen auf der Linie zu positionieren: Falls sie der Aussage zustimmen bei «Ja», falls sie ablehnen bei «Nein». Sie können sich je nach Grad der Zustimmung auch auf dem Verlauf der Linie positionieren. Sobald alle ihre Position eingenommen haben, werden die Begründungen für die Positionierungen eingeholt. Es sollte darauf geachtet werden, dass im Laufe der Übung möglichst alle einmal zu Wort kommen.

Aussagen (basierend auf den Sustainable Development Goals, SDGs):

- Die grösste Schuld an der Armut in der Welt liegt bei den Regierungen in den einzelnen Ländern, die nur an ihren Vorteil denken und denen die Armen egal sind. (SDG 1)
- Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe und Direktinvestitionen in den ärmsten Staaten leisten. (SDG 10)
- Der Staat ist dafür verantwortlich, genügend bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. (SDG 11)

Wichtig ist klarzustellen, dass es nicht um die «Richtigkeit» der Positionierung geht, sondern um die Diskussion, nämlich dass die einzelnen Schüler/-innen ausdrücken, warum sie

sich wie positioniert haben. Der Standpunkt wird mit Argumenten, Beispielen und Erfahrungen angereichert, damit ein «sich in den/die Andere/-n hineinversetzen» angeregt werden kann.

Inspiration aus: Kartenspiel «Wohin soll die Weltentwicklung gehen?» vom Welthaus Bielefeld e.V. bestellbar unter: www.education21.ch/de/lernmedien/katalog

Stumme Diskussion / Schreibgespräch

Angeregt durch die Aussagen kann die Diskussion mit der Methode des «stummen Diskussion / Schreibgesprächs» fortgeführt werden. Dazu legt die Lehrperson ein grosses Plakat auf den Boden mit dem Satz «Ein angemessener Lebensstandard bedeutet für mich ...». Stifte liegen bereit. Die Schüler/-innen können nacheinander oder auch gleichzeitig wie bei einem Mindmap Begriffe und Aussagen dazu ergänzen. Es dürfen auch zustimmende oder ablehnende Kommentare zu den Aussagen von Kolleg/-innen notiert werden. So entsteht in stiller gemeinsamer Zusammenarbeit eine «stumme Diskussion» und ein gemeinsames Bild davon, was die Klasse unter dem Menschenrecht «angemessener Lebensstandard» versteht.

Im Anschluss kann das Plakat gemeinsam im Plenum betrachtet und weiter laut diskutiert werden:

- Welche Aussagen von Klassenkolleg/-innen zum Thema «angemessener Lebensstandard» lösten die meisten Reaktionen aus / haben erstaunt?
- Welche Elemente sind wirklich lebensnotwendig?
- Was heisst «angemessen» für uns in der Schweiz und was für Kampung-Bewohner in Jakarta? Gibt es Elemente, die absolut gültig sind, und solche, die nur in der Schweiz angemessen erscheinen, in Indonesien hingegen nicht?

Die Lehrperson liest abschliessend mit den Schüler/-innen die unterschiedlichen Rechtsquellen / Definitionen (siehe unter Schlüsselbegriffe «Recht auf Wohnen / angemessenen Lebensstandard»).

IMPULS 3: EIN AKTIONSPLAN FÜR NACHHALTIGE STADTENTWICKLUNG (ROLLENSPIEL)

Ziel: Die Schüler/-innen setzen sich mit unterschiedlichen Verständnissen von nachhaltiger Stadtentwicklung auseinander. Sie machen die unterschiedlichen Interessenslagen von Staat und (armer) Bevölkerung aus und verstehen die vermittelnde Rolle von zivilgesellschaftlichen Nichtregierungsorganisationen.

Zeitbedarf: 2 Lektionen + Film

Material: Kopiervorlage 2 «Rollenbeschreibungen», ausgedruckt für jede/-n Schüler/-in eine Rollenbeschreibung

Umsetzungstipps

Die Lehrperson stellt sicher, dass die Schüler/-innen wissen, welches die Ausgangssituation ist: eine Begegnung zwischen Vertreter/-innen der staatlichen Behörden mit Aktivist/-innen der Nichtregierungsorganisation UPC, den Kampung-Bewohner/-innen und Vertreter/-innen der Bauwirtschaft. Das Ziel ist die Ausarbeitung eines gemeinsamen Aktionsplans für eine nachhaltige Stadtentwicklung.

Jede Schülerin und jeder Schüler erhält eine Kopie seiner/ihrer jeweiligen Rollenbeschreibung (insgesamt gibt es vier verschiedene Rollen / Gruppen). Ziel des Rollenspiels ist, die einzelnen Akteur/-innen und ihre Interessen sowie Handlungsmotive besser zu verstehen.

Ablauf

- Die Gruppen erhalten mindestens 15 Minuten Zeit, um ihre jeweilige Rollenbeschreibung zu studieren, zu diskutieren und sich auf ihren persönlichen Charakter vorzubereiten.
- Für die Begegnung sollen sich alle Diskussionsteilnehmer/-innen in einem Sitzkreis einfinden. Alle Mitglieder einer Gruppe sitzen jeweils zusammen bzw. nebeneinander.
- Die Lehrperson führt das Rollenspiel durch (beabsichtigt wird möglichst wenig Intervention ihrerseits). Sie beendet nach 30 Minuten die Begegnung, auch wenn sich die Gruppen auf keinen gemeinsamen Aktionsplan für eine nachhaltige Stadtentwicklung einigen konnten.
- Die Lehrperson leitet im Anschluss an das Rollenspiel eine Diskussion ein. Folgende Fragen sollten dabei als Leitfaden dienen:
 - o Wie hast du dich in deiner Rolle gefühlt?
 - o Als Teil der Kampung-Bewohner, hattest du das Gefühl, dass dir von Seiten der staatlichen Behörden zugehört wurde? Warum (nicht)?
 - o Welche Schritte könnten die staatlichen Behörden unternehmen, um die Lebensbedingungen der Kampung-Bewohner/-innen zu verbessern?
 - o Welche Rolle können Nichtregierungsorganisationen (NGOs) spielen, wenn die Gefahr einer Zwangsräumung besteht?
 - o Was ist deiner Meinung nach nötig, um den Dialog zwischen den verschiedenen Interessengruppen zu verbessern?
- Die Lehrperson fasst die Diskussion abschliessend zusammen.

Inspiration aus: Handbuch für Schulworkshops «Recht auf Wohnen» von Amnesty International Österreich:

www.amnesty.at/de/view/files/download/showDownload/?tool=12&feld=download&sprach_connect=161

Weiterführende Ideen

Politische Forderungen formulieren

In Gruppen sammeln die Schüler/-innen Anliegen und formulieren politische Forderung an die Stadtpräsidentin / den Gemeindepräsidenten ihres Wohnortes oder die Schulleitung ihrer Schule («Wir fordern von xy, dass...»). Dabei sollen sie prägnant formulieren, aber dennoch auf ganze Sätze achten. Die Schüler/-innen formulieren insgesamt fünf Forderungen schriftlich und bereiten für diese eine solide Argumentation vor («wir fordern, dass..., weil...»), die sie mündlich im Plenum vorbringen. Anschliessend stellen sie Überlegungen an, wem sie ihre Forderungen wann und in welcher Form zukommen lassen können.

Wohnungsnot und Härtefälle in der Schweiz?

Auch in der Schweiz kann es zur Massenkündigungen von Mietwohnungen und im Härtefall auch zu Zwangsräumungen kommen.

Recherche-Auftrag an die Schüler/-innen:

Welches sind mögliche Gründe, weshalb Menschen bei uns gegen ihren Willen ihre Woh-

nung oder ihr Haus verlassen müssen?

Mögliche Antworten: Grosse Bauprojekte wie z.B. Strassen, Eigenbedarf des Hauseigentümers/ Vermieters, Gebäudesanierungen, Mietzinserhöhungen, Schulden des Mieters / Mietrückstände, delinquentes und/oder sonst störendes Verhalten (Bsp. Messie-Krankheit), Abbruch, wenn marode Bausubstanz oder illegal erbaut (Bsp. Hausbesetzungen), Gentrifizierung.

Mit welchem rechtlichen Schutz kann ein/-e Mieter/-in oder ein/-e Hauseigentümer/-in rechnen?

Bsp. Beobachter-Artikel zum Thema «Wann darf ein Mieter länger bleiben?»

www.beobachter.ch/miete/miete/wohnungskundigung-wann-durfen-mieter-langer-bleiben.

Eventuell weitere Abklärungen beim kantonalen Mieterverband.

Gibt es Gentrifizierungstendenzen auch in einzelnen Quartieren in Schweizer Städten (Stichwort: «Seefeldisierung»)? Gibt es aktuelle Berichte / Projekte / politische Vorstösse zu diesem Thema?

Link: SRF Beitrag «Wohnen ist ein Grundrecht – das muss in die Verfassung». Interview mit Michel Steiner vom «Schwarzen Peter», dem Basler Verein für Gassenarbeit:

www.srf.ch/kultur/gesellschaft-religion/wohnen-ist-ein-grundrecht-das-muss-in-die-verfassung

Initiative «Recht auf Wohnen» im Kanton Basel-Stadt:

www.recht-auf-wohnen.ch

Bsp. Schweizerische Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»:

www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis463.html

Update: Wie sieht die aktuelle Situation in Jakarta aus?

Nach der Wahl von Joko Widodo ins Präsidentenamt wurde einer seiner Weggefährten, Basuki Tjahaja Purnama (auch genannt «Ahok»), als neuer Gouverneur Jakartas gewählt. Ein Christ mit chinesischen Wurzeln in einem Land mit fast 90 Prozent muslimischer Mehrheitsbevölkerung. Wegen dem Vorwurf der Blasphemie («Gotteslästerung») wurde er im April 2016 als Gouverneur von Jakarta abgewählt und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Hier ein Zeitungsartikel dazu aus der Neuen Zürcher Zeitung vom 9.5.2017: www.nzz.ch/international/indonesien-jakartas-gouverneur-zu-zwei-jahren-gefaengnis-verurteilt-ld.1291633

Das Beispiel könnte sich für eine Vertiefung des Themas «Religion in der Demokratie vs. Säkularismus» resp. eine Diskussion zum Verhältnis der beiden Menschenrechte Religionsfreiheit und Meinungsfreiheit eignen. Bspw. kennt das Schweizer Strafgesetzbuch einen Artikel «Störung der Glaubens- und Kultusfreiheit» (Art. 261 StGB). Hier ein Beitrag zum Thema auf SRF online vom 13.01.2015:

www.srf.ch/news/schweiz/gesetz-gegen-gotteslaesterung-noch-zeitgemaess

Auftrag

Unten findest du eine unvollständige Liste mit 21 verschiedenen politischen Aktivitäten:

- Kreuze an, welche Formen der politischen Partizipation du selber bereits genutzt hast und kommentiere jeweils, weshalb (mit welcher Motivation / mit welchem Beweggrund) du das jeweils gemacht hast.
- Wenn du ein konkretes Beispiel angeben kannst, dann mach dir als Erinnerungsstütze eine stichwortartige Notiz.
- Was würdest du nie machen? Warum nicht?

1.	Überzeugungsarbeit leisten bei Freund/-innen und Familienangehörigen für oder gegen eine politische Vorlage (bspw. im Vorfeld von Abstimmungen)
2.	An einem Klassenrat, einem Schüler/-innenparlament oder einer Schüler/-innenvollversammlung aktiv teilnehmen
3.	Wahl- oder Abstimmungsempfehlungen verbreiten (bspw. Broschüren verteilen, flyern gehen, Links teilen/ verschicken)
4.	Bei Wahlen und Abstimmungen teilnehmen
5.	Eine Petition bei der Schweizerischen Bundeskanzlei einreichen Info: www.bk.admin.ch/themen/pore/pet/?lang=de
6.	Produkte von bestimmten Firmen / aus einzelnen Ländern / mit gewissen Inhaltsstoffen aus politischen Gründen nicht kaufen («boykottieren»)
7.	An einer Demo, einem Protestmarsch, einem Streik, einer Besetzung oder einem politischen Flashmob / Sit-in teilnehmen
8.	Eigenständig eine Demo, einen Protestmarsch, einen Streik, eine Besetzung oder einen politischen Flashmob / Sit-in organisieren
9.	Einen Leserbrief schreiben (an eine Zeitung) oder einen politischen News-Artikel online kommentieren
10.	Mitglied werden bei einer politischen (Jung-) Partei und an deren Aktivitäten teilnehmen
11.	Mitglied werden bei (der Jugendsektion) einer Gewerkschaft und an deren Aktivitäten teilnehmen
12.	Mitglied werden bei einer (Jugendgruppe) einer Nichtregierungsorganisation (NGO) und an deren Aktivitäten teilnehmen (bspw. Amnesty International, WWF, Public Eye, Greenpeace o.ä., aber auch kleine lokale Initiativen mit politischen Zielen)
13.	Für die Jugendkommission oder das Jugendparlament kandidieren und dort mitpolitisieren
14.	An der Eidgenössischen Jugendsession teilnehmen (www.jugendsession.ch)
15.	An einem Projekt der politischen Partizipation wie einem Jugendmitwirkungstag oder einer Zukunftswerkstatt teilnehmen
16.	Eigenständiges Verfassen und Einstellen einer Online-Petition (bspw. auf der Kampagnen-Plattform www.change.org)
17.	Eine Online-Petition unterzeichnen und/oder in einer Online-Abstimmung/Umfrage abstimmen
18.	Einer oder mehreren politischen Gruppen in sozialen Netzwerken (bspw. in einer politisch orientierten Facebook-Gruppe) beitreten und/oder Freunde zu politischen Veranstaltungen einladen (bspw. via Facebook Events)
19.	Eigene Beiträge und Kommentare mit politischem Inhalt in Internetforen oder Blogs verfassen
20.	Eine/-n Politiker/-in über das Internet kontaktieren (bspw. via Kontaktformular auf seiner/ihrer persönlichen Webseite)
21.	An einer politischen Diskussion auf Twitter via Hashtag teilnehmen (z.B. zur SRF-Fernsehsendung Arena #srfarena)

Gruppe 1: Kampung-Bewohner/-innen

Deine Gruppe repräsentiert die Slumbewohner/-innen aus den Bezirken Jakartas, die von Zwangsumsiedlungen bedroht sind. Euch droht man die Zerstörung eurer Behausungen an.

Man bietet euch zwar an, in neue Sozialwohnungen einzuziehen, aber für diese müsstet ihr eine einmalige Einlage von 2'000 Dollar leisten und dann jeden Monat 300 Dollar Miete bezahlen. Da ihr beispielsweise als Rikscha-Fahrer, Müllsammlerinnen oder Tagelöhner auf dem Bau maximal 5 Dollar am Tag verdienen könnt, ist es für euch völlig unrealistisch, euch jemals eine solche Wohnung leisten zu können. Auch aus diesem Grund hängt ihr sehr an euren Hütten, wo ihr zum Teil seit mehreren Jahrzehnten lebt. Zudem ist der soziale Zusammenhalt im Kampung sehr gut: Ihr Nachbarn kennt einander und unterstützt euch gegenseitig mit dem wenigen, was ihr habt.

Deine Gruppe sollte die Vielfalt der Kampung-Bewohner/-innen repräsentieren. D.h. jedes Mitglied deiner Gruppe kann einen eigenen Charakter spielen, wie zum Beispiel eine Ziegenhirtin, ein Tagelöhner auf dem Bau, ein Wasserverkäufer, ein Rikscha-Fahrer, eine alleinerziehende Mutter etc. Die Rolle von Oma Dela ist etwas speziell, denn Oma Dela ist in einer Doppelrolle: sie ist eine arme Kampung-Bewohnerin, aber zugleich auch Aktivistin bei der NGO UPC.

Ihr habt vom Staat «Garantiebriefe» erhalten, dass ein Kampung nur in Übereinkunft mit den Bewohner/-innen vom Staat geräumt werden darf. Allerdings stellen sich eure Papiere lediglich als nicht verbindliche Empfehlungsschreiben heraus. Sie bieten euch keinen Schutz vor Zwangsräumungen. Die Situation scheint aussichtslos und so wendet ihr euch in eurer Not an die UPC.

Bei der Anhörung vor der Kommission der Volksvertretung (Parlament) schildert ihr eure jeweilige Situation und Lebensbedingungen. Es ist entscheidend, dass ihr es schafft, dass die staatlichen Vertreter/-innen verstehen, was ihr als Slumbewohnerin durchgemacht habt, was ihr alles an Negativem erlebt habt, was eure Bedürfnisse sind.

Überlegt euch gut, was ihr unbedingt in die Diskussion einbringen wollt und welche Argumente ihr anführen wollt. Ihr könnt beispielsweise auf den Ablauf bereits erlebter Zwangsräumungen hinweisen, auf eure jetzige Wohn- und Lebenssituation, aber auch auf eure Forderungen und das bisherige Handeln der staatlichen Behörden.

Gruppe 2: Aktivist/-innen der Nichtregierungsorganisation UPC

Als Vertreter/-innen der indonesische Nichtregierungs- und Non-Profit-Organisation «Urban Poor Consortium» (UPC) setzt ihr euch u.a. für sozio-ökonomisch benachteiligte Gruppen wie z.B. Slumbewohner/-innen ein. Ihr kämpft dafür, dass deren Menschenrechte respektiert werden, wie z.B. das Recht auf Wohnen, und setzt euch aktiv gegen Zwangsvertreibung ein. Unter anderem unterstützt ihr Opfer von zerstörten Häusern beim Wiederaufbau. In eurer Rolle als Aktivist/-innen einer Nichtregierungsorganisation versucht ihr, die von Zwangsräumung bedrohten Bewohner eines Kampungs von Jakarta bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen. Dafür trifft ihr euch regelmässig mit den Kampung-Bewohner/-innen, sammelt, bündelt und formuliert deren Anliegen in Form von politischen Forderungen und versucht möglichst viele weitere Kampung-Bewohner/-innen hinter diesem Forderungskatalog zu organisieren. Durch die Bündelung und Artikulation der Interessen hofft ihr, dass der Staat die Anliegen der Kampung-Bewohner/-innen ernst nimmt und Massnahmen trifft, um deren Lebensbedingungen zu verbessern (indem er beispielsweise folgende Rechte garantiert: Zugang zu sauberem Trinkwasser, Zugang zu kostenloser Grundschulbildung, sichere d.h. nicht gesundheitsschädigende Arbeitsbedingungen, existenzsichernde Löhne etc.).

Eure Aufgabe ist es, einen Dialog zwischen den Kampung-Bewohner/-innen und den Vertreter/-innen der staatlichen Behörde in Gang zu bringen und zu leiten. Dabei bringt ihr Informationen und Vorschläge in die Diskussion ein, welche die Kampung-Bewohner/-innen dabei unterstützen, ihre Rechte wahrnehmen zu können.

Deine Gruppe sollte die Vielfalt der UPC-Aktivist/-innen repräsentieren. D.h. jedes Mitglied deiner Gruppe kann einen eigenen Charakter spielen (Hinweis: Die Rolle von Oma Dela ist jedoch nicht zu vergeben. Obwohl auch sie bei UPC engagiert ist, ist sie primär eine Kampung-Bewohnerin). Die bekannteste Rolle in deiner Gruppe ist sicherlich die UPC-Chefkoordinatorin Wardah Hafidz. Weitere mögliche Rollen sind weitere UPC-Aktivist/-innen: bspw. jemand, die/der in den einzelnen Kampung-Bezirken Unterschriften für den Forderungskatalog sammelt, jemand, der/die versucht, die Kampung-Bewohner/-innen für Demonstrationen zu mobilisieren, jemand, der/die Medienarbeit macht, Interviews mit und Fotos von betroffenen Kampung-Bewohner/-innen macht, jemand, der/die die Häuserwiederaufbau-Projekte von UPC leitet, jemand, der/die materielle Unterstützung an die Kampung-Bewohner/-innen verteilt, seien dies Hygiene-Produkte oder Medikamente, jemand, der in Freiwilligenarbeit Kinder, die nicht zur Schule gehen können, Schreiben und Lesen lernt etc.

Für die Anhörung vor einer Kommission der Volksversammlung bereitet ihr Fragen an die staatlichen Behörden vor, beispielsweise, was Parlament und Regierung derzeit unternehmen, um den Betroffenen zu helfen. Überlegt euch und diskutiert in der Gruppe, welches die Bedürfnisse und Anliegen der Kampung-Bewohner/-innen sind und ob sie selbst Lösungsvorschläge haben. Gleichzeitig könnt ihr selber ein paar Forderungen vorbereiten, Die Forderungen sollen kurzfristig wie auch langfristig notwendige Massnahmen umfassen und auf ökologische, soziale und ökonomische Aspekte abzielen.

Ebenfalls ist es wichtig, dass ihr kurz darstellt, welche konkreten Schritte ihr von UPC unternehmen könnt, um die Kampung-Bewohner/-innen dabei zu unterstützen, zu angemessenen Lösungen zu kommen.

Gruppe 3: Vertreter/-innen der staatlichen Behörden

Der Gouverneur von Jakarta hat die Zwangsräumung des Kampungs angedroht. Einzelne Bezirke wurden bereits geräumt, um Platz zu machen für moderne Grossbauprojekte wie beispielsweise neue Superblocks. In diesen Superblocks soll gewohnt und gearbeitet werden. Der Staat verspricht sich davon Einnahmen in Form von Steuern (Mehrwertsteuer auf konsumierte und produzierte Produkte, Einkommens- und Vermögenssteuern) und Abgaben für Wasser, Strom, Entsorgung etc. Wenn mit schönen Wohnungen gut situierte Mieter angelockt werden können, füllt das die Staatskassen. Einkommen für den Staat generieren auch Firmen, die in den Geschäftsliegenschaften einziehen sollen. Wenn es dem Staat finanziell gut geht, kann er die armen Bevölkerungsschichten besser unterstützen.

Deine Gruppe sollte die Vielfalt der staatlichen Behörden repräsentieren. D.h. jedes Mitglied deiner Gruppe kann einen eigenen Charakter spielen, wie zum Beispiel jemand den Gouverneur von Jakarta, jemand eine Parlamentarierin und jemand einen Parlamentarier des Stadtparlaments. Zudem gibt es in der Stadtregierung Jakartas verschiedene Ministerposten zu verteilen: jemand kann bspw. die städtische Ministerin für Wirtschaft spielen, jemand den/die Finanzminister/-in, Arbeitsminister/-in, Sozialminister/-in, Gesundheitsminister/-in, Polizeiminister/-in, Umweltminister/-in, Bildungsminister/-in, Justizminister/-in, Verkehrsminister/-in, etc.

Da Korruption ein grosses Problem im Land ist, profitieren einige Politiker/-innen von inoffiziellen und persönlichen Geldzahlungen. Diese sind froh, selber in schönen und sicheren (da umzäunten) Bezirken Jakartas zu leben und ihre Kinder auf exklusive Privatschulen schicken zu können. Sie wollen sich möglichst wenig exponieren, um ihre Privilegien nicht einzubüssen. Andere Politiker/-innen sind rechtschaffener und versuchen sich aus der Korruption rauszuhalten. Sozialer Friede und Gerechtigkeit sind ihnen ein ernsthaftes Anliegen. Alle möchten ihr vor allem vor den Vertreter/-innen der UPC einen guten Eindruck machen und versichert den Kampung-Bewohner/-innen, dass die Modernisierung auch zu ihren Gunsten sei. Auf keinen Fall wollt ihr schlecht in der Öffentlichkeit da stehen oder Negativschlagzeilen über euch in den Medien lesen. Insbesondere der Gouverneur möchte zudem bei den nächsten Wahlen wiedergewählt werden und verteilt deswegen im Wahlkampf T-Shirts und Almosen, um bei der armen Bevölkerung zu punkten.

Ihr müsst beim Zusammentreffen mit UPC und Kampung-Bewohner/-innen eine Erklärung zu den weiteren geplanten Zwangsräumungen vorbereiten. Bereitet euch darauf vor, die Handlungen und unterlassenen Handlungen der staatlichen Behörden zu verteidigen und zu rechtfertigen. Ihr argumentiert, dass neben dem Bau von Luxuswohnungen und Shoppingzentren in den sog. «Superblocks» auch der Bau von Sozialwohnungen geplant sei. Allerdings sind die Mieten für die meisten Kampung-Bewohner/-innen viel zu hoch. Eine Strategie kann sein, bei den Ankündigungen eurer Vorhaben absichtlich ungenau zu bleiben. Sollten Forderungen seitens UPC und Kampung-Bewohner/-innen kommen, verweist ihr immer wieder auf mangelnde finanzielle Ressourcen und betont die grossartigen Leistungen der aktuellen Regierung bei der Modernisierung des Landes. In euren Voten wendet ihr euch vorwiegend an die UPC-Vertreter/-innen und vermeidet es, direkt mit den Kampung-Bewohner/-innen zu reden.

Gruppe 4: Vertreter/-innen der Bauwirtschaft

Von der Stadtregierung habt ihr einige lukrative Bauaufträge zum Bau von sog. «Superblocks» erhalten. Diese Superblocks sind mehrgeschossige Gebäude bestehend aus Büroräumlichkeiten, Restaurants, Geschäften, Parkmöglichkeiten und Wohnungen sowie eingezäunten Aussenanlagen mit Parks und Pools. Die Superblocks führen zu einer enormen Aufwertung ganzer Stadtbezirke. In jedem der Superblocks finden sich rund 2000 Arbeitsplätze und durch den gehobenen Wohnstandard ziehen v.a. Angehörige der Mittel- und Oberschicht ein, die wiederum gute Steuerzahlende darstellen. Davon profitiert schlussendlich die ganze Bevölkerung. Bereits in der Bauphase können viele Tagelöhner beschäftigt werden, die so für ihre Familien das nötige Einkommen erwirtschaften.

Deine Gruppe sollte die Vielfalt der Bauwirtschaft repräsentieren. D.h. jedes Mitglied deiner Gruppe kann einen eigenen Charakter spielen, wie zum Beispiel jemand den Investor, jemand die zuständige Architektin, jemand den Chef-Ingenieur, jemand einen qualifizierten Handwerker und jemand einen unqualifizierten Tagelöhner.

Euch ist wichtig allen anderen Parteien zu zeigen, dass letztlich alle von diesen Grossbauprojekten profitieren: die Armen, weil sie auf den Baustellen Arbeit finden; die Reichen, weil sie nach Fertigstellung von attraktiven Geschäfts- und Wohnräumlichkeiten profitieren; die Stadt, weil die Bezirke sicherer werden und an Ansehen gewinnen, was wiederum Gutverdienende als Wohnbevölkerung und eine zahlungskräftige Klientel als Konsument/-innen anzieht. In einem Superblock werden viele Einnahmen erwirtschaftet in Form von Umsatz, Steuern und Abgaben. Vor allem bei den staatlichen Vertreter/-innen versucht ihr zu lobbyieren, damit sie der Branche weitere Baubewilligungen erteilen.

21

Impressum

Impulse für den Unterricht – Anregungen zum Film «Jakarta Disorder»

Autorin: Nicole Cornu

Gestaltungskonzept: pooldesign.ch

Layout: Isabelle Steinhäuslin

Copyright: éducation21, Bern 2017

Bezug des Films: DVD (Kauf oder Miete) oder VOD (nur Miete): www.filmeeinewelt.ch

Weitere Informationen: éducation21, Monbijourstr. 31, 3001 Bern, Tel 031 321 00 22

éducation21 Die Stiftung éducation21 koordiniert und fördert Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) in der Schweiz. Sie wirkt im Auftrag der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), des Bundes und der Zivilgesellschaft als nationales Kompetenzzentrum für die Volksschule und die Sekundarstufe II.

www.education21.ch | Facebook, Twitter: [education21ch](https://www.facebook.com/education21ch), [#e21ch](https://twitter.com/e21ch) |

